

Ahrich Meyer
Der Bann der Unglaubwürdigkeit

Ahlrich Meyer (Jahrgang 1941) promovierte im Fach Philosophie und war Assistent von Hans Blumenberg. Von 1975 bis 2000 unterrichtete er Politikwissenschaft an der Universität Oldenburg. Nach anfänglichen Arbeiten zur Theorie und Geschichte sozialer Bewegungen im 19. Jahrhundert wandte er sich der Erforschung des Nationalsozialismus zu. Er legte zahlreiche Aufsätze und Bücher zur Okkupationspolitik und Judenverfolgung im besetzten Westeuropa vor, u.a. *Die deutsche Besatzung in Frankreich* (2000), *Täter im Verhör. Die »Endlösung der Judenfrage« in Frankreich* (2005), *Das Wissen um Auschwitz* (2011) und *Verfolgt von Land zu Land. Jüdische Flüchtlinge in Westeuropa* (zusammen mit Insa Meinen, 2013). Außerdem übersetzte er Werke aus dem Französischen, zuletzt Léon Poliakov, *Vom Hass zum Genozid. Das Dritte Reich und die Juden* (2021).

Edition

TIAMAT

Deutsche Erstveröffentlichung

Herausgeber:

Klaus Bittermann

1. Auflage: Berlin 2023

© Verlag Klaus Bittermann

www.edition-tiamat.de

Druck: cpi books

Buchcovergestaltung: Felder KölnBerlin Grafikdesign

ISBN: 978-3-89320-307-9

Ahlich Meyer

Der Bann der Unglaubwürdigkeit

Essays und historische Studien
zum Nationalsozialismus



**Critica
Diabolis
323**

**Edition
TIAMAT**

Inhalt

Vorwort – 7

Teil 1

»Der Bann der Unglaubwürdigkeit«
Hannah Arendts Studien über Konzentrationslager
– 17 –

»Totalitäre Elemente im Marxismus«
Wie Hannah Arendt versuchte, Karl Marx beizukommen
– 27 –

»Die ganze Wahrheit«
Hannah Arendt und ihre Kritiker
– 53 –

»Ein Kafka-Roman mit umgekehrten Vorzeichen«
H.G. Adlers Buch »Theresienstadt 1941-1945«
– 64 –

Die Schwelle des Zeugnisses überschritten
David Roussets »L'Univers concentrationnaire«
– 97 –

Ein Meisterwerk
Léon Poliakov, Pionier der Holocaust-Forschung
– 107 –

Engagierte Geschichtsschreibung
Der Rechtsanwalt Klarsfeld als Historiker
– 119 –

Teil 2

»Nach dem Osten«

Die deutsche Militärverwaltung in Frankreich und die
Entscheidung zur Deportation von Juden, 1941/42

– 133 –

»Polizeilich näher charakterisierte Juden«

Das Auswärtige Amt und der Beginn der »Endlösung«
in Frankreich, März 1942

– 158 –

»Eine vollkommene Lösung«

Die Razzien in Marseille, Januar 1943

– 166 –

Oradour, 10. Juni 1944

– 184 –

Kleistische Prosa oder Polizeibericht?

Anmerkungen zu Ernst Jüngers Denkschrift »Zur Geiselfrage«

– 201 –

Was wusste Ernst Jünger über den Mord an den Juden?

– 213 –

Boden

Portrait eines gewöhnlichen Täters

– 227 –

Das Dossier Marianne Cohn

Geschichte einer gescheiterten Ermittlung

– 265 –

Nachweise – 277

Vorwort

Die hier wieder abgedruckten Essays und historischen Studien sind im Zusammenhang meiner Forschungen zur deutschen Okkupationspolitik und Judenverfolgung in Westeuropa während des Zweiten Weltkriegs entstanden und zumeist an entlegener Stelle veröffentlicht worden. Im ersten Teil stelle ich Autoren und Bücher vor, an denen ich mich orientiert habe: die großen Untersuchungen des nationalsozialistischen Lagersystems von Hannah Arendt, H.G. Adler und David Rousset, die meisterhafte Gesamtdarstellung des Genozids an den Juden von Léon Poliakov und Serge Klarsfelds Standardwerk über die Shoah in Frankreich. Um die unterschiedlichen Zugänge zum Phänomen totalitärer Herrschaft aus der frühen Nachkriegszeit zu verdeutlichen, habe ich eine Kritik an Arendts – stark an Heidegger orientierten – Interpretation des Marxismus eingefügt. Der zweite Teil dieses Bandes enthält eine Auswahl aus meinen Aufsätzen zur deutschen Besetzung in Frankreich, eine Auseinandersetzung mit der Rolle Ernst Jüngers in der deutschen Militärverwaltung in Paris, das Profil eines gewöhnlichen Täters und Lageraufsehers sowie eine Fallgeschichte, die exemplarisch für die Defizite bei der justitiellen Ahndung von NS-Verbrechen in der alten Bundesrepublik steht.

Die thematischen Bezüge zwischen den einzelnen Texten erschließen sich vielleicht, wenn ich vorab auf zwei Schwerpunkte meiner Arbeit verweise. Zum einen habe ich das Vorgehen der Deutschen bei der »Endlösung der Judenfrage« in den westeuropäischen Ländern untersucht, während die Forschung sich lange Zeit – begünstigt durch die Öffnung der Archive nach 1990 – vorwiegend auf Osteuropa bezogen hat. Dafür gibt es sachliche Gründe, doch ohne die Einbeziehung Westeuropas entsteht kein Gesamtbild des Holocaust. Die Situation im Westen unterscheidet sich von dem Terror im Osten in mehrfacher Hinsicht: durch die vergleichsweise geringe Zahl von jüdischen Opfern, durch die große Entfernung von den Mordstätten und vor allem durch besatzungspolitische Rücksichten gegenüber der nichtjüdischen Bevölkerung und den kollaborierenden einheimischen Behörden, die teilweise ihre jüdischen Staatsangehörigen vor der Deportation zu bewahren versuchten, während die »unerwünschten« ausländischen Juden und jüdischen Flüchtlinge schutzlos blieben. Aber auch in Westeuropa setzte die SS ihre radikale antisemitische Politik durch und organisierte die »Endlösung« nach den Vorgaben aus Berlin. In Frankreich, wo die Entscheidung zur Deportation der Juden früher fiel als in Belgien und den Niederlanden, wurde die Bekämpfung von Widerstands- und Partisanenbewegungen – ähnlich wie in Osteuropa – von Anfang an eng mit der Judenverfolgung verbunden, und in der Schlussphase der Besatzung richteten sich die Vergeltungsmaßnahmen von Wehrmacht und SS auch gegen die unbeteiligte Zivilbevölkerung.

Zum anderen bin ich einer Frage nachgegangen, die sich verkürzt so formulieren lässt: Wer wusste was über Auschwitz? Mir geht es nicht um den Kenntnisstand der Deutschen im Reichsgebiet, die nach dem Krieg nichts ge-

wusst haben wollten. Dazu gibt es ausreichend Untersuchungen. Sondern ich habe zu klären versucht, was die Täter und Handlanger im besetzten Westeuropa, die ihre Opfer systematisch täuschten, über den eigentlichen Zweck der Deportationen nach dem Osten wussten. Darüber hinaus hat die Frage nach dem Wissen noch eine andere Dimension. Sie betrifft das menschliche Vorstellungsvermögen, wie sich aus Hannah Arendts frühen Schriften lernen lässt. Arendt selbst hat bezeugt, die ersten Nachrichten über Auschwitz nicht geglaubt zu haben, und sie hat vom »Bann der Unglaubwürdigkeit« gesprochen, der das Grauen der Konzentrations- und Vernichtungslager umgab und ein angemessenes Verstehen verhinderte. Heute, wo die Fakten bekannt und erforscht sind, droht das angemessene Verstehen durch die sogenannte Erinnerungskultur überlagert und verhindert zu werden.

*

Ich gehöre einer Generation an, die mit den Nachwirkungen der Nazi-Zeit aufgewachsen ist und dadurch politisiert wurde. Vergangenheitsbewältigung bedeutete im Nachkriegsdeutschland (West), dass man die Vergangenheit ruhen lassen und vergessen wollte. Die verdrängte Erfahrung des Massenmords hatte eine kollektive Deformation hinterlassen, die die Verwerfungen der deutschen Gesellschaft in den Jahren des Wiederaufbaus erklärt. Die Mörder waren unter uns, die personellen und strukturellen Kontinuitäten des Nationalsozialismus prägten das Land, an den Schulen und Universitäten, auf den Ämtern und in den Kneipen lebte der alte Geist fort. Im Übrigen herrschte ein »kommunikatives Beschweigen«, das der Philosoph Hermann Lübbe im Nachhinein für gerechtfertigt hielt, da

es die Rückkehr zur »politischen Normalität« ermöglicht habe – alle wussten Bescheid, keiner redete darüber. Wer sich in meiner Jugend darüber informieren wollte, was geschehen war, musste zu der knappen, unzulänglichen Darstellung von Mau und Krausnick greifen, die von der »Bundeszentrale für Heimatdienst« verteilt wurde, oder zu der Dokumentensammlung von Walther Hofer, einem Schweizer Historiker, oder er las das (gekürzte) Tagebuch der Anne Frank. Man glaube nicht, mit dem Jahr 1968 hätte die Aufarbeitung der Vergangenheit, zu der die ältere Generation nicht fähig gewesen war, endlich begonnen. Nunmehr blockierte ein falscher Begriff von Faschismus die historische Erkenntnis, und der offene Antiamerikanismus der Studentenbewegung war womöglich auch der Widerschein des Ressentiments der Eltern gegen die Sieger und Besatzer, vom linken Antisemitismus nicht zu reden.

Eine ernsthafte, inhaltliche Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus und dem Mord an den europäischen Juden begann hierzulande, soweit ich sehe, auf breiter Basis erst in den 1980er Jahren. Dies war oftmals privatem Engagement und nicht zuletzt einer gesellschaftskritischen Historiographie geschuldet. Nicht, dass es vorher keine seriöse NS-Forschung gegeben hätte, und auch in den westdeutschen Staatsanwaltschaften saßen, neben zahllosen Nazis, frühzeitig einige Ermittler, die um die Aufklärung der NS-Verbrechen bemüht waren. Doch erst seit den 1980er und 90er Jahren erschienen richtungweisende Arbeiten zu den Verbrechen der Wehrmacht und der SS-Einsatzgruppen, zur Ermordung der sowjetischen Kriegsgefangenen, zur »Euthanasie«, zur Ausbeutung der Zwangsarbeiter, zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, zur Bevölkerungspolitik und zur Rolle der planenden Intelligenz beim Massenmord – um nur einige Bei-

spiele zu nennen. Stellvertretend für diesen historiographischen Aufbruch kann die berühmte, von Walter Pehle herausgegebene »Schwarze Reihe« des Fischer-Taschenbuchverlags stehen. Aus der DDR kamen Bände zur deutschen Kriegswirtschaft und eine mustergültige, wenngleich einseitige Edition von Dokumenten zur Okkupationspolitik in Hitlers Europa. Die großen Standardwerke zum Holocaust wurden allerdings nicht in Deutschland geschrieben, und auch der jüdische Widerstand fand hier zu wenig Beachtung.

Die zunehmende Akademisierung der Holocaust-Forschung führte bald zu einer Fülle von Spezialliteratur, die die übergreifenden geschichtlichen Zusammenhänge aus dem Blick verlor. In den 1990er Jahren kündigte sich in der BRD zudem ein Wandel im öffentlichen Geschichtsbild an. Bereits im »Historikerstreit« von 1986/87 war den revisionistischen Lesarten der jüngsten deutschen Geschichte von linksliberaler Seite das Postulat eines »durch Auschwitz belehrten« nationalen Selbstbewusstseins (Habermas) entgegengehalten worden. Die Wehrmachtsausstellung, 1995 eröffnet, traf noch auf massiven Protest, weil sie die langgehegte Legende der »sauberen Wehrmacht« zerstörte. Als die revidierte Fassung von 2001 gezeigt wurde, die sich stärker auf völkerrechtliche Normen bezog, weniger auf die Täter, spiegelte sie den inzwischen erreichten gesellschaftlichen Konsens wider. Gleichzeitig setzte sich – im Anschluss an die Thesen von Lübke – ein zeithistorisches »Erfolgsnarrativ« durch, die Erzählung von der erfolgreichen Demokratisierung der Bonner Republik auf der Grundlage von Vergessen und Verdrängen und unter Integration eines Heers von Mitläufern und großer Teile der NS-Eliten. Dass die Verbrechen weithin ungesühnt und die meisten Täter straflos geblieben waren,

die Opfer nicht ausreichend entschädigt und Reparationsforderungen der von Deutschland überfallenen und ausgeplünderten Länder regelmäßig abgewiesen wurden (und im Fall Griechenlands und Polens bis heute werden), passte schlecht in dieses Bild und schien sich erledigt zu haben. Einzig die Frage der Zwangsarbeiterentschädigung blieb offen, und da in diesem Fall die USA Druck ausübten, mussten sich die Bundesrepublik und die deutsche Wirtschaft zu einem finanziellen Kompromiss bereitfinden, der freilich die den Arbeitssklaven vorenthaltenen Löhne nicht annähernd deckte.

Dann kam der Umschlag, der einen wie mich an einer Begründung für die weitere Beschäftigung mit dem Thema Nationalsozialismus zweifeln ließ. Die Erinnerung wurde zur Sache des Staates, der Holocaust für politische Zwecke instrumentalisiert. Vorgegeben durch die im Jahr 2000 unterzeichnete »Stockholmer Erklärung« der *International Holocaust Remembrance Alliance*, die die Beispiellosgkeit und universelle Bedeutung des Holocaust festschrieb, war diese Entwicklung auch in anderen europäischen Ländern zu beobachten, aber in Deutschland war sie besonders ausgeprägt – wie könnte es anders sein.

Im Februar 1999 besuchte der deutsche Verteidigungsminister erstmals zusammen mit einer offiziellen Abordnung der Bundeswehr Auschwitz und schrieb in das Gästebuch des einstigen Konzentrations- und Vernichtungslagers: »Der Erinnerung eine Zukunft geben, damit sich die Vergangenheit nie wiederholt.« Das war der Auftakt für die nun folgende Kriegspropaganda. Ab März des Jahres beteiligte sich die Bundeswehr am Nato-Krieg gegen Jugoslawien, Scharping präsentierte angebliche Beweise für die Existenz von Konzentrationslagern im Kosovo und Außenminister Fischer rechtfertigte den ersten Militärein-

satz deutscher Soldaten in Europa seit Ende des Zweiten Weltkriegs mit einem »Nie wieder Auschwitz«. Holocaust-Überlebende protestierten vergeblich gegen solchen Missbrauch. Unter dem Vorwand, ein »neues Auschwitz« zu verhindern, trennten sich die Politiker aus der 68er-Generation vom deutschen Nachkriegspazifismus.

Schließlich wurde der Holocaust zum zentralen historischen Bezugspunkt des wiedervereinigten Deutschlands erhoben. 2003 erklärte die CDU-Vorsitzende und spätere Kanzlerin Merkel in einer Parteitagrede, zur »Aussöhnung der Deutschen mit sich selbst« gehöre auch die Anerkennung der Singularität des Holocausts. Und als ob sie die Zuhörer vom Nutzen dieser vergangenheitspolitischen Doxa noch überzeugen müsste, fügte sie hinzu: »Weil wir den Holocaust als Singularität anerkannt haben, können wir heute sagen: Wir sind frei, wir sind vereint, wir sind souverän. Diese Anerkennung hat uns zu dem gemacht, was wir heute sind.« Kurz darauf verabschiedete der Bundestag eine von allen Parteien gemeinsam eingebrachte Resolution, in der es hieß, die Erinnerung an den Holocaust und das Gedenken an die Opfer sei »Teil unserer nationalen Identität«. 2005 wurde das repräsentative Berliner Holocaust-Denkmal eingeweiht – ein »erschlichener Rollentausch« (Reinhart Koselleck), der die Nachkommen der Täter in die Nähe der jüdischen Opfer rückte. Seither dient die Vergangenheitsbewältigung der moralischen Selbstvergewisserung der Deutschen und als Aushängeschild der Bundesrepublik.

Wer sich heute mit den nationalsozialistischen Verbrechen auseinandersetzen möchte, darf sich nicht durch die politische Vereinnahmung der Geschichte entmutigen lassen. Aus einer aktuellen Studie geht hervor, dass ein großer Teil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen

16 und 25 Jahren nur unzureichend über die Zeit des Nationalsozialismus, die Vielzahl der Opfergruppen und der Konzentrationslager Bescheid weiß. Zugleich aber wünschen sich drei Viertel dieser Jugendlichen mehr Faktenwissen über die NS-Zeit. Vielleicht ist das ein Hoffnungszeichen, und vielleicht sind hier Initiativen und Bildungsstätten gefragt, die mit ihren Konzepten den Veränderungen der deutschen Gesellschaft gerecht werden und auch die jüngere Generation migrantischer Herkunft erreichen.

*

Mein Dank geht an Max Henninger für die kritische Durchsicht aller Texte, an Susanne Heim für inhaltliche Hinweise und an Klaus Bittermann, der mich davon überzeugt hat, diesen Band für die Edition Tiamat zusammenzustellen.

Ahlich Meyer
Mai 2023